

Bedrohte Wissenschaften in Zeiten des Kriegs

Vorstellung von weltweit ersten umfassenden Studien zum Stand der Wissenschaftsfreiheit in der Ukraine, in Russland und Belarus seit 2022

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch massive Auswirkungen auf die Wissenschaft: Beispielsweise mussten zahlreiche Forschende aus der Ukraine vor russischen Truppen fliehen, Universitäten und Bibliotheken wurden bombardiert, es fehlt an Geld für die Forschung. In Russland und Belarus wiederum erschweren Repressionen zusehends Forschungsvorhaben, viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind ins Exil gegangen, internationale Kooperationen wurden gekappt. Wie es um die Wissenschaftsfreiheit in der Ukraine, in Russland und Belarus nach bald zwei Jahren Krieg bestellt ist, haben nun erstmals drei große Studien ermittelt. Die Ergebnisse werden am **Montag, 20. November 2023, um 18 Uhr im Haus der Leibniz-Gemeinschaft, Chausseestraße 111, 10115 Berlin**, Raum „Berlin“, vorgestellt. Ergänzend dazu gibt es eine hochkarätig besetzte Diskussion zu den Perspektiven der wissenschaftlichen Kooperationen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den drei Staaten.

Präsentiert werden drei Studien zu den Folgen der russischen Invasion für die Wissenschaftsfreiheit in der Ukraine sowie zum Stand der Wissenschaftsfreiheit in Russland und in Belarus. Die Studien wurden durch das SCIENCE AT RISK Emergency Office, Berlin, mit einer Förderung des Auswärtigen Amtes durchgeführt. Sie liefern die weltweit erste umfassende Bestandsaufnahme zur Wissenschaftsfreiheit in den drei Ländern seit 2022 und sind in ihrem Umfang einmalig: Allein in die Studie zur Lage in der Ukraine sind 4000 Interviews mit bedrohten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingeflossen. Es folgt eine Podiumsdiskussion mit Teilnehmenden von Leibniz-Gemeinschaft, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Auswärtiges Amt, Deutscher Akademischer Austauschdienst und Deutscher Gesellschaft für Osteuropakunde. Diskutiert werden u. a.: die Implikationen aus dem Zustand der Wissenschafts(un)freiheit für wissenschaftliche Kooperationen; der Umgang mit gefährdeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den autoritären Regimen in Belarus und Russland; die Frage, wie sich Wissen über diese Länder produzieren lässt, wenn man dort aktuell nicht forschen kann.

Veranstalter ist das Leibniz-Forschungsnetzwerk „Östliches Europa“, zu dem sich verschiedene mit dem östlichen Europa befasste Institute der Leibniz-Gemeinschaft zusammengeschlossen haben. Weiterer Veranstalter ist SCIENCE AT RISK / Akademisches Netzwerk Osteuropa (akno) e.V., Berlin.

Programm:

Begrüßung

- Prof. Dr. Ulf Brunnbauer (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)
- Prof. Dr. Sebastian Lentz (Vizepräsident der Leibniz- Gemeinschaft / Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig)

Vorstellung von drei großen Studien zu:

- a) den Folgen der russischen Invasion für die Wissenschaftsfreiheit in der Ukraine
- b) dem Stand der Wissenschaftsfreiheit in Russland sowie in Belarus

Podiumsdiskussion:

Perspektivaustausch wissenschaftliche Kooperation; mit:

- Prof. Dr. Maren Röger (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, Leipzig / Sprecherin des Leibniz- Forschungsnetzwerks „Östliches Europa“)
- Gabriele Hermani (Bundesministerium für Bildung und Forschung, Leiterin Referat 212)
- N.N. (Auswärtiges Amt)
- Kai Franke (Leiter DAAD-Hauptstadtbüro)

Moderation: Gabriele Freitag (Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin)

Schlussfolgerungen:

- Prof. Dr. Peter Haslinger (Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg)

Inhaltlicher Ansprechpartner und Initiator:

Prof. Dr. Ulf Brunnbauer

Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung

Tel.: 0941 / 94354-75

brunnbauer@ios-regensburg.de

Das Leibniz-Forschungsnetzwerk „Östliches Europa“

Seit 2015 kooperieren mehr als 20 Leibniz-Institute disziplinübergreifend im Leibniz-Forschungsnetzwerk „Östliches Europa“, um die Forschung zu dieser Region und den Austausch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fördern. Daraus ergeben sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Politikberatung, im Wissenschaftsdialog, in Forschungskonsortien, bei Infrastrukturen und in der Karriereförderung.

Regional umfasst das Portfolio des Forschungsnetzwerks die östlichen Mitglieder der Europäischen Union ebenso wie die südosteuropäischen EU-Beitrittskandidaten, die Russische Föderation, die Ukraine, die Republik Moldau, Belarus sowie die Staaten des Kaukasus und Zentralasiens.

www.leibniz-gemeinschaft.de/forschung/leibniz-forschungsnetzwerke/oestliches-europa/

Pressekontakt für die Leibniz-Gemeinschaft:

Christoph Herbort-von Loeper

Tel.: 030 / 20 60 49 - 471

Mobil: 0174 / 310 81 74

herbort@leibniz-gemeinschaft.de

Die Leibniz-Gemeinschaft

Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Sie betreiben erkenntnis- und anwendungsorientierte Forschung, auch in den übergreifenden Leibniz-Forschungsverbänden, sind oder unterhalten wissenschaftliche Infrastrukturen und bieten forschungsbasierte Dienstleistungen an. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer, vor allem mit den Leibniz-Forschungsmuseen. Sie berät und informiert Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Leibniz-Einrichtungen pflegen enge Kooperationen mit den Hochschulen - u.a. in Form der Leibniz-WissenschaftsCampi, mit der Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Sie unterliegen einem transparenten und unabhängigen Begutachtungsverfahren. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen rund 20.500 Personen, darunter 11.500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das Finanzvolumen liegt bei zwei Milliarden Euro.

www.leibniz-gemeinschaft.de